ist der Beweis kaum zu führen, daß sie die Arbeitslosigkeit der slowakischen Intelligenz verursacht hätten. Die slowakischen Absolventen des sekundären Bildungswesens zeigten ein ähnlich geartetes Karriereinteresse, wie man es des öfteren in den unterentwickelten Ländern vorfinden kann. So bewarben sie sich z. B. nur sehr selten um eine Anstellung in den Prager Zentralbehörden. Im Vergleich mit der jungen tschechischen Intelligenz fanden sie leichter eine angemessene Beschäftigung. Doch fühlten sie sich infolge der weltweiten Wirtschaftskrise benachteiligt, was von der Slowakischen Volkspartei Andrej Hlinkas geschickt ausgenutzt wurde. Viele slowakische Politiker, die das neue Schulwesen mitgestaltet haben, bejahten zwar die slowakische Eigenständigkeit, man kann aber schwerlich behaupten, daß sie eine gut durchdachte Politik der systematischen Bildung einer spezifisch slowakischen Intelligenz verfolgt hätten.

Owen V. Johnson beschließt seine Monographie mit den Worten: „The massive commitment which the Czechoslovak government made to secondary school education in Slovakia in the interwar period proved to be a recognition of Slovak identity. This may not have been the original intent, but the demographic contours of Slovakia insured that the result was the same as recognition. A program of Czechoslovak state building had turned into one of Slovak nation building.“

München

Branislav Štefánek

Christoph Gütermann, Das Minderheitenschutzverfahren des Völkerbundes.

Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1979, 360 S., kart DM 118,— (Schriften zum Völkerrecht 63).

Das Minderheitenschutzsystem der Zwischenkriegszeit unter der Garantie des Völkerbundes, das einem Dutzend ostmitteleuropäischer Staaten als Preis für die Anerkennung ihrer staatlichen Selbständigkeit oder die Erweiterung ihres Gebiets, für die Aufnahme in den Völkerbund oder als Friedensbedingung als eine Art völkerrechtlicher Hypothek auferlegt worden war, hat es den nationalen Minderheiten dieser Staaten möglich gemacht, ihre Beschwerden vor einem anderen Forum als der eigenen Regierung zur Sprache zu bringen und ein Verfahren wegen Verletzung oder wegen der Gefahr der Verletzung der Minderheitenschutzbestimmungen in Gang zu setzen. Aber es fehlte nicht nur an Sanktionsmöglichkeiten, sondern auch an Bestimmungen, in welcher Weise und durch welche Organe der Völkerbund seiner Aufsichtspflicht zu genügen habe. Zu dieser Frage gibt es eine Fülle zeitgenössischer Literatur. Hier sei nur an die zahlreichen Beiträge Wilhelm Medingers, des Vorsitzenden der Deutschen Völkerbundliga in der Tschechoslowakei, und die von dieser Organisation veröffentlichte Studie des Professors an der Prager Deutschen Universität Heinrich Rauchberg über die Reform des Minderheitenschutzes erinnert. Die vorliegende Arbeit unterscheidet sich von diesen Publikationen dadurch, daß dem Verfasser die früher verschlossenen Archive zur Auswertung zur Verfügung standen, ihm also die internen Beratungsergebnisse und die Aufzeich-

nungen über Privatgespräche und Geheimverhandlungen zugänglich waren, von denen sich das Völkerbundsekretariat mehr Zugeständnisse und eine größere Kompromißbereitschaft der Regierungen erwartete als von offiziellen Verhandlungen vor dem Völkerbundrat. Der Schwerpunkt der Arbeit Gütermanns liegt also nicht so sehr in der Anführung der durch die verschiedenen Völkerbundresolutionen gezogenen Verfahrensregeln, als vielmehr in der Darstellung des tatsächlichen Ablaufs des Präliminarverfahrens und der Arbeitsweise des Völkerbundsekretariats und seiner Minderheitensektion, deren Ziel es war, die Streitfälle aus der Welt zu schaffen, noch bevor sie das Stadium von „Anklage“ und „Verteidigung“ in der Weltöffentlichkeit erreichten.

Der Verfasser gibt die Zahl der zwischen 1921 und 1939 aus der Tschechoslowakei eingereichten Petitionen mit 37 an; das sind weniger, als aus Polen (mit seiner Sonderregelung für Oberschlesien), aus Jugoslawien oder aus Griechenland eingereicht wurden. 46mal standen Fragen aus der Tschechoslowakei auf der Tagesordnung der Komiteesitzungen. Aber deutlicher als diese statistischen Angaben läßt Gütermanns Darstellung der Entstehung und Ausgestaltung der Verfahrensgrundsätze die große Bedeutung der Tschechoslowakei und ihres Außenministers Beneš erkennen. Den Einwendungen des Prager und des Warschauer Außenministeriums gegen die automatische Mitteilung der einlangenden Petitionen an den Rat und sämtliche Mitglieder des Völkerbunds hat der Völkerbundrat mit EntschlieÙung vom 27. Juni 1921 Rechnung getragen und die Einholung von Gegenbemerkungen der beteiligten Staaten („Regierungskommentare“) veranlaßt. 1922 schlug Beneš in der Völkerbundversammlung vor, das Sekretariat zu beauftragen, den Völkerbundrat nicht nur bei der Prüfung von Petitionen zu unterstützen, sondern ihm auch zu helfen, sich ein Bild davon zu machen, wie die Minderheiten ihre Pflichten ihren Staaten gegenüber erfüllen. Diese Resolution hatte ausgedehnte Reisen des Direktors der Minderheitensektion, des Norwegers Erik Colban, zur Folge, der sich, abgesehen von seinen zahlreichen Besprechungen mit Beneš und Osuský in Genf und Paris, wiederholt in Prag zur Besprechung von Minderheitenbeschwerden aufhielt, und eine lange Studienreise seines Mitarbeiters und späteren Nachfolgers, des Spaniers Pablo de Azcarate, in die Karpatenukraine. Von den fünf Kriterien, nach denen die Annehmbarkeit (*recevabilité*) einer Petition überprüft wurde, geht eine auf den Vorschlag der Prager Regierung zurück, nämlich die Forderung, daß eine Petition nicht die Fakten früherer Petitionen wiederholen dürfe. Den Vorschlag des Völkerbundsekretariats, in einem konkreten, die Tschechoslowakei betreffenden Fall den Wortlaut der Petition wie des Regierungskommentars im „Journal Officiel“ des Völkerbunds zu veröffentlichen, lehnte Beneš nach einigem Zögern ab, weil er den Eindruck vermeiden wollte, als seien Regierung und Beschwerdeführer gleichgestellte Parteien. Auch diese Haltung fand allgemeine Nachahmung, so daß Petitionen und Regierungskommentare fast nie veröffentlicht wurden. 1925 behauptete Beneš, der Völkerbundrat sei mit der Festlegung des Verfahrens über den Rahmen der Minderheitenschutzverträge hinausgegangen, die Minderheitenstaaten hätten aber diesen Maßnahmen angesichts ihres praktischen Werts zugestimmt. Ein Jahr später erklärte er im Völkerbundrat, das Verfahren sei seiner Meinung nach nicht weiter verbesserungsfähig, und beantragte die Beendi-

gung der Diskussion hierüber. Er schloß sich der Assimilationstheorie des Brasilianers Mello-Franco an, nach der es Ziel jeder Minderheitenpolitik sei, die Minderheiten daran zu hindern, zu einem Element der Desintegration der Staaten zu werden und schrittweise die „vollständige nationale Einheit“ zu erreichen.

Von einer auf die verfahrensrechtliche Seite des Minderheitenschutzes des Völkerbunds beschränkten Untersuchung kann natürlich keine Aussage darüber erwartet werden, ob sich dieses System bewährt hat oder nicht. Dazu wäre es erforderlich, das Schicksal der einzelnen Petitionen nicht nur an Hand des Regierungskommentars und der „lettre de clôture“, sondern auch aufgrund der innerstaatlichen Gesetzgebung und Verwaltungspraxis zu überprüfen.

Am treffendsten hat wohl Barbara Schmid-Egger in ihrem Beitrag „Völkerbund und Sudetendeutsche“ (in der Festschrift für Hans Schütz, München 1971, S. 385—415) diese bei allen Minderheiten bestehende Diskrepanz zwischen hochgeschraubten Erwartungen auf Gewährung von Rechtsschutz und den recht bescheidenen Ergebnissen der mühevollen Verhandlungen durch ein vereinfachendes Bild verdeutlicht: „Die Sudetendeutschen zogen aus, einen Richter zu suchen, der das ihnen angetane Unrecht verurteile beziehungsweise verhindere. Sie fanden im Minderheitenschutz des Völkerbundes einen guten Bekannten ihres Gegners, der diesem zusah, was er tat, und ihm manchmal ins Gewissen redete, aber nicht die Mittel in der Hand hatte, mehr zu tun — und der ihnen im übrigen empfahl, für ihre Anliegen innerstaatliche Lösungen zu suchen.“

Linz

Helmut Slapnicka

Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. Bd. 1: Politik, Wirtschaft, Öffentliches Leben. Bearb. v. Werner Röder, Herbert A. Strauss u. a.

Verlag K. G. Saur, München 1980, LVIII + 875 S., DM 298,—.

Nach den Vorstellungen der einen widmete man in der historischen Literatur den Opfern der nationalsozialistischen Verfolgung immer noch ungenügende Aufmerksamkeit; die anderen meinen, dies sei viel zu oft geschehen, so daß die größte Katastrophe der modernen europäischen Geschichte dadurch banalisiert würde. Eine angemessene Würdigung des von den Nationalsozialisten verursachten Leidens ist sicherlich schwierig, um so schwieriger, wenn es sich nicht um die direkt Verfolgten handelt, sondern um diejenigen, denen eine Flucht ins freie Ausland gelang. Das Biographische Handbuch der deutschsprachigen Emigration stellt das denkbar eindrucksvollste „Denkmal“ dar.

Bisher ist der erste des in zwei Bänden geplanten Werkes erschienen, der zweite wird demnächst folgen. Insgesamt werden hier über achttausend Lebensgeschichten nachgezeichnet, die mit penibler Genauigkeit alle wichtigen Daten des persönlichen und beruflichen Lebens sowie des Werks jedes einzelnen bieten. Angesichts der rund einer halben Million Menschen deutscher Muttersprache, die sich durch die nationalsozialistische Herrschaft gezwungen sahen, ihre Heimat zu verlassen, mögen die